

**44. Deutscher Psychotherapeutentag
12. / 13. April 2024 in Würzburg**

Psychische Gesundheit in Europa stärken – heute und in Zukunft

Psychische Belastungen und Erkrankungen sind in der EU weit verbreitet. Die vielen gesellschaftlichen Krisen, wie die Corona-Pandemie, die Klimakrise und die Kriege in Europa und der Welt, belasten die Psyche vieler EU-Bürger*innen zusätzlich sehr stark. Wissen über Gefahren für die Psyche und wie man sich psychisch gesund hält, über frühzeitige Gegenmaßnahmen bei psychischen Belastungen und über Unterstützungs- und Behandlungsangebote muss zielgruppengerecht vermittelt werden. Vor allem in den Lebenswelten, wie der Kita, Schule oder dem Arbeitsplatz, muss die Resilienz gefördert werden.

Stigmatisierung und Diskriminierung erschweren es vielen Menschen mit psychischen Erkrankungen, sich Hilfe zu suchen und Unterstützung zu beanspruchen. Aufklärung ist zentral, damit psychische Erkrankungen in der Gesellschaft genauso anerkannt werden wie körperliche Erkrankungen und Stigmatisierung und Diskriminierung abgebaut werden können. Für Menschen mit psychischen Erkrankungen muss der Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung und weiteren Behandlungs- und Unterstützungsangeboten sichergestellt werden. Doch in der EU erhalten immer noch nicht alle Menschen mit psychischen Erkrankungen die notwendige Behandlung, die sie auch für den Erhalt oder die Wiederherstellung der Lern- und Arbeitsfähigkeit sowie Teilhabe benötigen.

Die EU-Kommission hat mit der EU-Strategie zur psychischen Gesundheit bereits auf die Notwendigkeit zur Förderung der psychischen Gesundheit in der EU aufmerksam gemacht. Daran gilt es, anzuschließen und auch nach der Europawahl 2024 die Förderung der psychischen Gesundheit mit Nachdruck in den Blick zu nehmen.

Der 44. Deutsche Psychotherapeutentag fordert die EU-Entscheidungsträger*innen auf, auch über die Europawahl 2024 hinaus:

- die psychische Gesundheit in der EU im Rahmen eines Mental Health in All Policies-Ansatzes zu fördern und die EU-Strategie zur psychischen Gesundheit konsequent umzusetzen und weiterzuentwickeln;

- gemeinsam mit den Mitgliedstaaten sicherzustellen, dass psychisch erkrankte Menschen wohnortnahen und zeitnahen Zugang zu Unterstützungs- und Versorgungsangeboten erhalten, einschließlich psychotherapeutischer Behandlung;
- Stigmatisierung und Diskriminierung psychisch kranker Menschen in der EU abzubauen.